Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilzringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abend ist nur auf Grund besonderer Bestellung gestattet. Abbestellung halbjährlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders verlangt ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 27. Juni 1931

Soc. Geschiedenis Amsterdam

Dienst am Frieden.

Die französischen Sozialisten und der Hoover-Plan.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

SPD. Paris, 27. Juni (Durch Telefon)

"Eine historische Sitzung" nennen die meisten Pariser Blätter die 16 stündige Debatte über die Interpellationen zum Vorschlag Hoovers. Ob der Sitzung aber wirklich historische Bedeutung zukommt, wird erst die Zukunft zeigen. Nur wenn wirklich ein neuer Abschnitt in der internationalen und vor allem in der französisch-deutschen Zusammenarbeit beginnt, nur wenn die von Léon Blum in der Nachtsitzung der Kammer vom Freitag zum Sonnabend im Namen der sozialistischen Fraktion aufgestellte Forderung erfüllt wird, endlich einen praktischen Aktionsplan, der alle Probleme umfasst, in die Wirklichkeit umzusetzen, erst dann könnte die Hoover-Debatte der französischen Kammer eine historische Bedeutung erlangen.

Das Aussergewöhnliche der gegenwärtigen Gesamtlage wurde in der Nachtsitzung der Kammer am deutlichsten unterstrichen durch die Haltung der sozialistischen Fraktion, die eine politisch überragende Rolle spielte. Schon die Rede des Fraktionsführers Blum war ein gedankliches, politisches und auch oratorisches Meisterwerk, das die Bewunderung selbst seiner ärgsten Feinde erweckte. Aber noch stärker hat die Abstimmung der 109 Mann starken sozialistischen Fraktion gewirkt. Nicht weil sie ihren scharfen Kampf gegen die von der gesamten Rechten unterstützte Regierung Laval irgendwie zu mildern gedenkt, sondern weil sie das Interesse des Friedens und der französisch-deutschen Annäherung über alle anderen Erwägungen stellt, hat die sozialistische Fraktion sich auch durch die traditionelle Stellung der Vertrauensfragenicht davon abhalten lassen, für die von dem Ministerpräsidenten Laval angenommene Tagesordnung zu stimmen. In dieser Tagesordnung ist das Wort "Vertrauen" wohlweislich nicht enthalten, sondern nur die Billigung der prinzipiellen Annahme des Hoover'schen Vorschlages, die Bestätigung der Unantastbarkeit der Zahlungen für die durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verursachten Ausgaben und die Betonung der Notwendigkeit, die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern weiter zu führen. Ausdrücklich hat Blum in seiner Schlusserklärung hervorgehoben, dass die Antwort der französischen Regierung an Hoover zu engherzig und unvollständig erscheine, weil sie über den Zusammenhang zwischen den Schuldenfragen und dem Abrüstungsproblem stillschweigend hinweggehe, dass die sozialistische Fraktion jedoch jede Abstimmung, die aus der Nähe oder aus der Ferne als eine Ablehnung der Hoover'schen Vorschläge gedeutet werden könnte, als eine Gefahr für den Frieden betrachte und deshalb, ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Regierung, für die eingebrachte Tagesordnung stimmen werde. Damit hat die sozialistische Fraktion dem aussenpolitischen Faktor den Vorrang über die innenpolitischen Erwägungen gegeben und auch für die Zukunft ein Beispiel geschaffen.

Die Haltung der Sozialisten wirkt um so sensationeller, als die radikale Fraktion unter Herriots Führung und Herriots Drängen gegen die von der Regierung angenommene Tagesordnung stimmte, ohne sich um die Folgen zu kümmern, die sowohl

international als auch national eingetreten wären, wenn es etwa zu einer Regierungskrise gekommen wäre. Umsonst hatten die Sozialisten im Laufe der Nacht zum Sonnabend versucht, die Radikalen in gemeinsamen Beratungen von ihrer ablehnenden Haltung abzubringen. Weder Herriot, der seit einiger Zeit einen stark nationalistisch angehauchten Feldzug gegen Deutschland führt, noch andere radikale Führer, die aus innenpolitischen Gründen gerne eine Regierungskrise heraufbeschwören hätten, waren dazu zu bewegen, ihre Stellung zu ändern, obwohl bekannte radikale Abgeordnete wie Pierre Cot und Delbos sich mit den Sozialisten einverstanden erklärten. Allerdings hat Herriot in der Begründung des Beschlusses seiner Fraktion immer wieder darauf hingewiesen, dass ohne deutsch-französische Verständigung der europäische Frieden prekär bleibe. Aber die jüngsten Artikel, die der ehemalige radikale Ministerpräsident inbezug auf Deutschland veröffentlicht hat, konnten keinen Zweifel über die Beweggründe lassen, die ihn leiteten. Und so konnte man das in der Geschichte des französischen Parlaments noch nie dagewesene Schauspiel erleben, dass die grösste bürgerliche Linkspartei sich gegen ein bürgerliches Rechtskabinett aussprach, während die sozialistische Fraktion aus aussenpolitischen Gründen für die von der Regierung angenommene Tagesordnung stimmte. Was die Sozialisten in entscheidender Weise beeinflusste, war der Wunsch, eine Regierungskrise in einem Augenblick zu vermeiden, in dem sie den sofortigen Stillstand aller begonnenen dringlichen Verhandlungen nicht nur mit Amerika, sondern auch mit Deutschland zur Folge gehabt hätte. Da Ministerpräsident Laval ohne Umschweife die Erklärung abgegeben hatte, dass er den Wunsch habe, sich möglichst bald mit Brüning und Curtius zu treffen, wurde ihre Stellungnahme noch erleichtert, zumal die Hoffnung Marins und Franklin-Bouillons, Briand in offener Kammersitzung zu stürzen, auch diesmal wieder zu Schanden ging. Allerdings wohnte Briand der gesamten Debatte bei, ohne ein Wort zu sagen, wie er es schon vor der Sitzung angekündigt hatte.

Innenpolitisch sind die Beziehungen zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Linksradikalen durch die Abstimmung vom Sonnabend morgen noch etwas komplizierter geworden als sie es bisher schon waren. Aber die Hoffnung der Reaktion, dass es infolgedessen zu einem Bruch zwischen ihnen kommen müsste, ist sicherlich falsch. Nun muss man abwarten, was das Kabinett Laval aus der ihm erteilten Ermächtigung, die Verhandlungen weiter zu führen, praktisch machen wird.

SPD. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei veröffentlicht in der "Roten Fahne" 5 Spalten Thesen über den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig. Der Kernsatz dieser Thesen ist, dass "der sozialfaschistische Kurs der Sozialdemokratie" eine "höhere Stufe" erreicht habe. Die "höhere Stufe" ist überhaupt das Schlagwort dieser Thesen. Die Wortprägung Sozialfaschismus war von der ersten Stunde ihrer Existenz an ausgemachter Blödsinn. Alle Kommunisten, die nicht unter der Moskauer Knute den letzten Rest von Verstand preisgegeben haben, haben selbst immer wieder die Dummheit und Gefährlichkeit dieses Schlagworts festgestellt. Wenn die Thesen der kommunistischen Zentrale eine Entwicklung von einer niederen zu einer höheren Stufe feststellen wollen, so kann man tatsächlich nur die eine Feststellung treffen, dass nämlich das, was immer Blödsinn war, in diesen Thesen zum höheren Blödsinn geworden ist!

Die kommunistische Zentrale bemüht sich, in der Sozialdemokratischen Partei Ansatzpunkte für ihre Spaltungsarbeit zu finden. Sie führt in ihren Thesen grosse Worte darüber, dass der Leipziger Parteitag eine tiefe Krise in der Sozialdemokratischen Partei gezeigt habe, aber sie klagt gleichzeitig, dass die sozialdemokratische Organisation ebenso unerschüttert ist wie die freien Gewerkschaften und dass oppositionelle Mitglieder in der Sozialdemokratie nicht planmässig Fraktionsarbeit betrieben und auf den Bruch mit der Sozialdemokratie hinarbeiten.

Die Gruppe der Neun, die auf dem Parteitag den Disziplinbruch verteidigten, spielt in den Betrachtungen der sogenannten Rechtskommunisten (der Brandler-Gruppe) wie in den Betrachtungen der kommunistischen Zentrale eine grosse Rolle. Bei den Brandlerianern hofft man auf Zuwachs aus dieser Gruppe, bei der kommuni-

stischen Zentrale dagegen bemüht man sich, diese Gruppe regelrecht von der Sozialdemokratischen Partei abzuspalten und der Kommunistischen Partei anzugliedern. Diesem Zweck soll wieder einmal die Methode der sogenannten Einheitsfront dienen. In langatmigen Anweisungen werden die kommunistischen Funktionäre instruiert, wie diese Staltungsarbeit zu führen sei. Angefangen von der "Bearbeitung der führenden Funktionäre der linken SPD" bis zur "Durchführung einer Wendung in der Sprache unserer Agitation und Presse zu erfolgreichen kameradschaftlichen Methoden". Die Spaltungshoffnungen der Kommunisten werden selbstverständlich mit einer bitteren Enttäuschung enden.

Ein Punkt aus diesen spaltenlangen Thesen verdient besondere Beachtung. Die Thesen führen Klage darüber, dass die Sozialdemokratische Partei über eine starke Kinderbewegung verfüge, in die die kommunistische Spaltungsarbeit bisher leider noch nicht eingedrungen sei. Man wird darauf achten müssen, dass danach offensichtlich Versuche unternommen werden sollen, Lockspitzeleien selbst in die Kinderbewegung hineinzutragen!

Mit diesen Thesen hat die Kommunistische Partei ihr wahres Wesen sehr deutlich gezeigt. In einer überaus schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation kennt sie keine anderen Sorgen als ihre hasserfüllten Versuche, die Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft zu schwächen.

SPD. Genf, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag ist am Sonnabend von dem Generalsekretär im rumänischen Handelsministerium Popescu und Ministerialdirektor Posse vom deutschen Auswärtigen Amt in Genf unterzeichnet worden. Das endgültige Inkrafttreten des Vertrages wird von beiden Regierungen nach der Völkerbundsversammlung im September erhofft.

Der Vertrag stellt ein völlig neuartiges Gebilde in der Handelspolitik dar, da er sich auf eine Kombination von Meistbegünstigung und Präferenzsystem stützt Deutschland gewährt Rumänien Vorzugszölle für Futtergerste und Mais, und zwar ein Abschlag von den geltenden autonomen Zollsätzen von 50 % bei Futtergerste und 60 % bei Mais. Rumänien wird eine allgemeine Ermässigung seiner Zollsätze auf solche Waren vornehmen, die besonders für den deutschen Export nach Rumänien in Frage kommen. Man hofft, hiermit einen Mustervertrag für die Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen geschaffen zu haben. Neben den Vorzugszöllen sind auch für andere rumänische Produkte gewisse Erleichterungen geschaffen worden.

SPD. Der "Sozialdemokratische Pressedienst" meldet:

Der italienische Botschafter in Berlin hat dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister am Sonnabend im Namen des italienischen Kabinettchefs eine Einladung zum Besuch der italienischen Regierung übermittelt.

Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister haben die Einladung angenommen. Wahrscheinlich werden sie ihr nach ihrer Pariser Reise, die voraussichtlich um den 10. Juli herum erfolgen wird, Folge leisten. Die offizielle Einladung der französischen Regierung an Brüning und Curtius ist sofort nach dem Abschluss der Besprechungen zwischen Washington und Paris zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, dass diese Besprechungen am Montag abgeschlossen werden und dann der Reise des Reichskanzlers und Aussenministers nach Paris keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

SPD. Paris, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Die offiziellen Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika haben am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr im Innenministerium begonnen. Amerika ist durch Schatzsekretär Mellon, den amerikanischen Botschafter in Paris und zwei hohe Beamte der amerikanischen Botschaft in Paris vertreten. Von französischer Seite nehmen an den Beratungen teil: Ministerpräsident Laval, die Minister Briand, Flandin, Piétri und der Unterstaatssekretär Francois Poncet.

Um ½6 Uhr war die Konferenz beendet. Der Ministerpräsident teilte der Presse mit, dass die Verhandlungen am Montag vormittag fortgesetzt werden. Mellon wird sich in der Zwischenzeit mit der amerikanischen Regierung in Verbindung setzen.

Im Anschluss an die Beratungen mit den Amerikanern liess Ministerpräsident Laval den deutschen Botschafter von Hoesch zu sich bitten, der kurz nach 6 Uhr im Innenministerium eintraf. An der Besprechung mit Hoesch nahmen ausser Laval noch Briand und Poncet teil.

SPD. Die kommunistische Presse berichtet in grosser Aufmachung, in Köln sei der "Parteitagsreferent" Sollmann in einer Generalversammlung beschimpft und niedergeschrien worden. Diese Meldung ist frei erfunden. Sollmann hat vor der entscheidenden Fraktionssitzung über die Notverordnung berichtet. Auf seinen Wunsch ging die Versammlung einmütig über alle vorgeschlagenen Entschliessungen zur Tagesordnung über und liess den Abgeordneten des Kreises freie Hand. In der Aussprache setzte sich ein Mitglied für das in Köln erscheinende, vom Parteivorstand als parteischädigend bezeichnete kommunistische Zellenblättchen "Roter Kämpfer" ein. Als dieses Mitglied später einen ehrverletzenden Zwischenruf gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion machte, schloss ihn die Versammlung ohne jede Aussprache gegen wenige Stimmen sofort aus der Partei aus. Wenige Tage später berichtete Sollmann über den Beschluss der Reichstagsfraktion zur Notverordnung. Eine von ihm vorgeschlagene Entschliessung wurde gegen eine Stimme angenommen. In Bonn wurde die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einstimmig gebilligt.

SPD. Köln, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Karl Sattler, verantwortlicher Redakteur des Kölner Kommunistenblattes wurde vom Schöffengericht Köln zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sattler hatte in mehreren Artikeln im November vorigen Jahres den in einem Berliner Gerichtssaal erfolgten tätlichen Angriff eines Berliner Arbeiters auf den früheren Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel verherrlicht.

SPD. Die in den letzten Wochen hier und da aufflackernden "spontanen Aktionen" der KPD und die von ihr an vielen Orten befohlenen "Barrikadenkämpfe" sollten den Auftakt zu einem politischen Massen- und Generalstreik bilden, für den von der KPD als Termin der 1. Juli festgesetzt worden war. Von ihrer Agitation gegen die Notverordnung versprach sich die KPD-Zentrale eine ungeheure Aufpeitschung der Arbeiterschaft. Alles war für die neueste Aktion schon vorbereitet und eine Reichskonferenz der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition hatte laut Befehl auch bereits den Aufruf zum Streik beschlossen, als Gegenbefehl gegeben und der ganze Spuk abgeblasen wurde. Als Ersatz für den "Generalstreik" werden jetzt zum Kampf gegen die Notverordnung "halbstündige Massendemonstrationen" angekündigt. Aus Furcht vor einer neuen Niederlage vom Generalstreik zu halbstündigen Demonstrationen.... Oh diese "Revolutionäre".

SPD. Weimar, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Das amtliche Organ des Thüringer Landbundes enthält in seiner Sonnabend-Ausgabe einen Drohbrief, der dem thüringischen Staatsminister Baum durch Boten unter "persönlich" überreicht wurde. Der Brief lautet:

"Herrn "Staatsminister" Baum, Weimar. Sie haben mal wieder recht dummes Zeug gefaselt! Mit Jhren Ausführungen sind Sie aber auf dem Holzwege. Die Nazis werden es Jhnen schon noch richtig besorgen! Furchtbare Angst scheinen Sie vor denselben zu haben. Dem Landbund wird es bei den nächsten Wahlen (Landtag und Landwirtschaftskammer) in Thüringen ebenso ergehen wie in Oldenburg und Sachsen. Dann wird auch Jhre Ministerherrlichkeit zu Ende sein und Sie können wieder Mist fahren! Sauckel wird Jhnen schon noch richtig den Kopf waschen, Sie alter Faselhans! Hoffentlich folgen Sie Jhrem Freund Höfer bald in die Ewigkeit nach. Die Watschen von Pa. sind nicht so ohne. Hüten Sie sich! Sonst knallt es auch mal bei Jhnen!!"

Der "Thüringer Landbund" stellt zu dem Drohbrief fest, dass er die Folge der persönlichen Hetze sei, die in der Zeitung "Der Nationalsozialist", die in Weimar erscheint, ständig betrieben werde.

Pa, auf den in dem Brief Bezug genommen wird, ist der nationalsozialistische Lehrer Papenbrook, der kürzlich im Landtag einen sozialdemokratischen Abgeordneten tätlich angegriffen hat. Jn der Rede von Baum, die in dem Brief einleitend erwähnt wird, hiess es u.a., dass dem Aufstieg der Nazis ebenso schnell ein Abstieg folgen werde.

SPD. Paris, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Die am Sonnabend abend stattgefundenen Besprechungen zwischen Mitgliedern der französischen Regierung und dem deutschen Botschafter in Paris dauerten etwas über eine Stunde. Sie waren um 7 Uhr abends beendet.

Amtlich wird über den Verlauf der Besprechungen, bei denen deutscherseits natürlich jede aktive Jntervention vermieden wird, nichts mitgeteilt. Auf Grund zuverlässiger Jnformationen kann jedoch gesagt werden, dass die bisherigen Besprechungen einen günstigen Eindruck hinterlassen haben und bereits gewisse Fortschritte inbezug auf die Annäherung des französischen und des amerikanischen Standpunktes erzielt worden sind. Als Verhandlungsbasis hat der französische Gegenvorschlag gedient, aber man hat den Eindruck, dass die französische Regierung ihre Vorschläge nicht in einer zu starren Form aufrecht erhalten will. Man darf daher den weiteren Verhandlungen mit Zuversicht entgegensehen.

SPD. Jn der Reichskanzlei fand am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung über den augenblicklichen Stand der Hoover-Aktion statt. Jm Mittelpunkt der Erörterung standen die Verhandlungen zwischen Washington und Paris, die zurzeit in der französischen Hauptstadt geführt werden. Berlin wird über diese Besprechungen von Paris und auch von Washington aus auf dem Laufenden gehalten.

Hoover hält an dem Prinzip seines Vorschlages fest. Jn dieser Beziehung hat der amerikanische Schatzsekretär als Unterhändler der amerikanischen Regierung in Paris strenge Anweisung erhalten, keinerlei Zugeständnisse zu machen, wie seine Marschroute überhaupt ausserordentlich begrenzt ist. Amerika ist jedoch nicht abgeneigt, Frankreich entgegenzukommen, soweit es sich um laufende Sachlieferungen und um die Einzahlung der 500 Millionen Mark bei der Bank für Jnternationale Zahlungen handelt. Aber diese Summe soll nach dem Wunsche der amerikanischen Regierung sofort an Deutschland zurückfliessen, und zwar ungekürzt, unverzinst und ohne Festlegung inbezug auf die Rückzahlung mit der dem Freijahr folgenden Annuität. Den Gedanken einer Kontrolle der wirtschaftlichen Verwendung dieses Kredits durch Deutschland lehnt die Regierung in Washington ebenfalls entschieden ab.

Die Reichsregierung hat sich am Sonnabend mit den vorstehenden Plänen eingehend befasst und Washington noch am gleichen Tage ihre Meinung über seine Absichten wissen lassen. Natürlich nicht als Beschluss, sondern zur Information, wie es mit Recht überhaupt das Bestreben der Reichsregierung ist, sich in die Verhandlungen zwischen Washington und Paris unter keinen Umständen einzuschalten oder einschalten zu lassen. Sie wartet im Vertrauen auf die amerikanische Regierung die Entwicklung der Dinge in der Ueberzeugung ab, dass die Pariser Verhandlungen in Kürze zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen werden und der Hoover-Plan am 1. Juli in Kraft tritt.

\+ + +

Die Reichsregierung tritt voraussichtlich am Sonntag abend zu einer Kabinettssitzung zusammen.

SPD. Paris, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hat dem deutschen Botschafter von Hoesch am Sonnabend offiziell erklärt, dass ein Pariser Besuch des Reichskanzlers Brüning und des Aussenministers Curtius von der französischen Regierung "warm begrüsst" werden würde. Das genaue Datum für den Besuch werde noch vereinbart werden.

SPD. Dresden, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Der sächsische Innenminister Richter äusserte sich über den Hoover-Plan dahin, dass die durch ihn entstehende vorübergehende Entlastung in erster Linie dazu dienen müsse, Reich, Länder und die deutsche Wirtschaft von der kurzfristigen Verschuldung zu befreien. Die Aufdeckung der französischen Machenschaften, die zum Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt geführt hätten, sei ein neuer Beweis dafür, wie unheilvoll sich der Krieg mit Mitteln des Geldes von Frankreich für die Zentralmächte auswirke. Die kurzfristigen Kredite, die die Oesterreichische Kreditanstalt zu Fall gebracht hätten, seien eine stetig wachsende Gefahr für Deutschland. Eine durchgreifende Hilfe könne die Aktion Hoovers der Deutschen Republik nur bringen, wenn sie neben der Befreiung von Reparationen dem Reich die Aufnahme einer langfristigen Anleihe ermögliche. Diese Anleihe müsse dazu benutzt werden, den infolge der Wohlfahrtslasten in grosse Not geratenen Gemeinden zu helfen und der Wirtschaft durch Senkung der Steuern Erleichterung zu schaffen. Diese Erleichterung wiederum müsse zur Preissenkung führen und so einen Ausgleich für die Lohn- und Gehaltssenkung herbeiführen.

Der Minister betonte schliesslich, dass Voraussetzung für die langfristige Anleihe innerpolitische Beruhigung und Verständigung mit anderen Staaten, namentlich mit Frankreich, sei.

SPD. Der preussische Innenminister Severing weist in einem Erlass an die Polizeibehörden darauf hin, dass gewisse Strassenhändler mit Büchern und Zeitschriften sowie gewisse Buchhandlungen und Leihbüchereien die Aufmerksamkeit des Publikums dadurch auf sich zu lenken versuchen, dass sie Zeitschriften erotischen oder sexuellen Inhalts in auffallender äusserer Aufmachung zur Schau stellen. Dabei werden besonders Schriften benutzt, die auf dem Titelbild nackte Menschen zeigen, und die vielfach reihenweise neben- oder übereinander ausgehängt werden. Das gleiche gilt von gewissen Vergnügungsstätten, die in ihren Eingängen oder Fenstern Nacktabbildungen in anreisserischer Weise zum Aushang bringen. Gegen derartige Missstände soll mit polizeilichen Verfügungen, gegebenenfalls mit Zwangsmitteln vorgegangen werden.

SPD. Stettin, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Ein geheimes Rundschreiben an die Vertrauensleute der Deutschnationalen Partei des Kreisvereins Grimmen über das Stahlhelm-Volksbegehren und die Nationalsozialisten zeigt, dass es mit der so viel gepriesenen Einigkeit und Geschlossenheit im "nationalen Lager" doch nicht allzuweit her ist.

In dem Rundschreiben wird zunächst darauf hingewiesen, dass die Stahlhelm-Aktion von Vornherein "äusserst unsicher" und "übereilt" war. Das sei der Stahlhelmleitung von der Deutschnationalen Partei "unmissverständlich zur Kenntnis gebracht" worden. Wörtlich heisst es in dem Rundschreiben dann weiter:

"Tatsache ist, dass die Sammlungen für das Stahlhelm-Volksbegehren weite Kreise erschöpft haben, sodass für die kommenden Ereignisse das Geld fehlen wird dass die Nazi das Begehren lediglich egoistisch ausgewertet und sonst nichts getan haben, dass der Grössenwahn der Nazi noch gestiegen und die politische Lage durch die Geschäftsordnung und die politischen Notverordnungen, welche wir lediglich der NSDAP verdanken, sowie die dadurch bedingte Stärkung der Linken weitaus ungünstiger geworden ist. Der Gipfelpunkt wäre es, wenn der Volksentscheid am 2. oder am 9. August verloren wird und Herr Braun in Ausnutzung des Sieges den Preussischen Landtag von sich aus auflöst, um das Element der moralischen Ueberlegenheit bei den Wahlen auszunutzen.... Der 120 pferdige Mercedes des kleinen Dr.Goebbels sowie der Braune-Haus-Betrieb in München und der neue Mercedes-Benz des grossen Adolf, übrigens der teuerste Wagen der Automonil-Ausstellung, erinnern eben zu sehr an Zeiten, in denen solche Leute als Parvenüs bezeichnet wurden. Die Rückwirkungen solcher Torheiten sind eben unvermeidlich und weder durch fulminante Aufrufe noch durch rücksichtslose Ausmerzung grade der kritischen, übrigens wertvollsten, Elemente aufzuhalten."

Erwähnenswert von dem Rundschreiben ist schliesslich noch eine Stelle über die Taktik der Deutschnationalen im Kampf um Preussen. Da heisst es: "Der kommende politische Kampf um Preussen kann sich dahin kristallisieren, den unleugbaren Gegensatz zwischen Brüning und Hess auszunutzen und Brüning gegen Hess zu stützen. Auf diese Art und Weise würde es gelingen, dem unheilvollen, sozialdemokratischen Einfluss in Preussen das Wasser abzugraben, auf der anderen Seite aber Brüning für uns zu verpflichten. Der wünschenswerte Erfolg wäre dann in einer Rechtswendung des Reichszentrums zu erblicken."

SPD. Aachen, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Schlichter für das Rheinland hat einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die zurzeit für den Aachener Steinkohlenbergbau geltende Lohnregelung über den 30. Juni in Kraft bleibt. Sie ist erstmalig am 1. September kündbar und läuft jeweils 3 Monate mit einmonatiger Kündigungsfrist weiter.

SPD. Braunschweig, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Die braunschweigische Regierung hat alle Nebenvergütungen der im Staatsdienst beschäftigten Personen mit Wirkung vom 1. Juli um 20 Prozent gekürzt. Einnahmen aus schriftstellerischer, künstlerischer und Gutachter-Tätigkeit werden nicht erfasst. Der zuständige Minister kann im Einzelfall weitergehende Kürzungen vornehmen. Privatpersonen, die Nebenvergütungen aus der Staatskasse beziehen, fallen unter diese Kürzungen. Personen, die von anderen Stellen Nebenvergütungen beziehen, müssen 20 Prozent an die Staatskasse abführen.

SPD. Paris, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages, Dr.Rudolf Breitscheid, hält sich zurzeit in Paris auf. Breitscheid wohnte in der Nacht zum Sonnabend der Kammersitzung bei. Am Freitag und Sonnabend hatte er

mit mehreren französischen Politikern Besprechungen.

+ + +

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels der dieser Tage in London weilte, ist inzwischen nach Berlin zurückgekehrt. Wels führte in London Besprechungen mit dem englischen Aussenminister und massgebenden Persönlichkeiten der englischen Arbeiterpartei.

SPD. Madrid, 27. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Chef der spanischen Fliegertruppen, der bekannte Flieger Franco, ist am Sonnabend auf Anordnung der Regierung seines Amtes enthoben worden. Die Amtsenthebung erfolgte wegen umstürzlerischer Pläne, die Franco in Uebereinstimmung mit militärischen Fliegerverbänden propagiert und vorbereitet haben soll.

Aus aller Welt

Der Sprung in die Welt.

Jack Carneriers erster Fallschirm.- Lebensgefährliche Sensation vor 130 Jahren.

SPD. Hundertdreissig Jahre Fallschirm... Die Klügeren werden auf die alten Chinesen hinweisen und sagen: sie haben es schon längst gewusst. Die Chinesen haben ja auch schon das Pulver erfunden,sie haben schon aus Porzellantassen getrunken,als unsere Vorfahren noch auf Bärenhäuten lagen und den Hirsch im Wettlauf erlegten. Vielleicht haben die Chinesen wirklich schon den Fallschirm gekannt,zugegeben; aber verwendet haben sie ihn bestimmt nicht.Leonardo da Vinci - -: bereits ein besseres Argument. Der vielfältige Florenzer hat tatsächlich schon im Anfang des 16.Jahrhunderts vom Fallschirm geträumt. Er hat sogar ein Modell auf seine sauberen Zeichenbogen skizziert,doch: die eigentliche Erfindung des Fallschirms geht auf das Jahr 1801 zurück.

+

Hundertdreissig Jahre Fallschirm... Ohne die Erfindung des Luftballin durch den Papierfabrikanten Montgolfier wäre er nicht möglich gewesen. Jack Carnerier war der Mann,der den ersten Fallschirmabsprung von einem Ballon wagte. Das geschah vor hundertdreissig Jahren,im Sommer 1801, in London. Der Fallschirm glich einem riesigen Regenschirm. Ein Netz von dünnen Fäden umspannte ihn und lief unten zusammen. Daran war die "Gondel" des tollkühnen Fallschirmpiloten befestigt. Kupferstiche aus jener Zeit geben ein deutliches Bild des Abenteuers. Man sieht Jack Carnerin in einer Art von kleinem Korb sitzen. Er trägt einen Federhut auf dem Kopf und winkt mit sehr viel Würde den heraufstarrenden Zuschauern zu. Ohne Zweifel haben die Bildberichterstatter von damals etwas übertrieben,denn ein Fallschirmabsprung erfolgte auch in jener Zeit sicher nicht mit der beschaulichen Ruhe,wie sie die britischen Künstler darstellten. Vor allem: den lederverzierten Hut beim Absprung aufzubehalten,ist bisher auch dem verwegensten Luftakrobaten nicht geglückt.

+

Und die abenteuerliche Luftreise begann. Der Fallschirm machte "einige widerspenstige Sprünge", "gehorchte aber bald der meisternden Hand" und setzte schliesslich "sanft" am Boden auf. Zehn Minuten soll dieses Schauspiel gedauert haben.Vielleicht gingen auch die Uhren damals langsamer als heute. Immerhin: ein Wagestück erster Ordnung war es und Jack Carnerin heimste auch den gebührenden Triumph dafür ein. Eine begeisterte Volksmenge stürzte zur Landungsstelle,nahm den Fallschirmpiloten auf die Schultern und bezeigte ihm ihre Bewunderung derart,dass Jack Carnerin erhebliche Rippenquetschungen erlitt und mehrere Tage im Bett bleiben musste. So endete auch dieser Sieg über die Elemente mit dem traditionellen Wermustropfen.

+

Als gewissenhafter Mann hat Jack Carnerin natürlich auch sein "Bordbuch" geführt. Er verschweigt darin allerdings,in welcher Höhe er aus dem Ballon absprang,um die Güte des ersten Fallschirms der Welt zu erproben."Ich zog dann mein Messer hervor",schildert Jack Carnerin, "und mit der festen Hand des Mannes von reinem Gewissen,die nie gegen einen Menschen erhoben wurde,mit Ausnahme auf dem Schlachtfelde,mit fester Hand also schnitt ich die Schnur durch,die meinen Fallschirm mit dem Ballon verband...

+

Der erste Mann,der sein Leben durch einen Fallschirmabsprung rettete,war ein Pole,Jordaki Kugarente,dessen Luftballon während der Fahrt in Brand geriet. Er liess das Fahrzeug im Stich,sprang über Bord,kam wohlbehalten mit seinem Fallschirm auf dem Boden an und liess sich das Erlebnis als Lehre dienen.

Erst 1912 wurde der erste Fallschirmabsprung aus dem Flugzeug unternommen. Im Staate Saint Louis,in einem Orte ganz nahe am Mississippi,stieg Albert Berry mit einem Flugzeug auf.Während der Apparat von dem Piloten weitergesteuert wurde,sprang Berry mit seinem Fallschirm über Bord und gelangte wohlbehalten auf fester Erde an. Berry ist später einer der berühmtesten Fallschirmabspringer der Union geworden.

Heute ist der Fallschirm,dessen hundertdreissigjährigen Geburtstag man jetzt feiert,das wichtigste Schutzmittel des Flugwesens geworden.Und wenn sich auch am technischen Detail manches geändert haben mag,im Prinzip ist der Fallschirm immer der alte geblieben.

\+ + +

Mörderischer Gewittersturm. Bei einem schweren Gewittersturm in der Umgegend von Cleveland wurden vier Personen getötet und zahlreiche schwer verletzt.

\+ + +

Einbrecherbande gefasst. Die Frankfurter Kriminalpolizei nahm eine 18köpfige Einbrecherbande fest, die seit Mitte vorigen Jahres den ganzen Taunus und die Frankfurter Umgegend unsicher machte.

\+ + +

Viehseuche in England. In der Grafschaft Downpatrick ist unter den Viehherden eine schwere Seuche ausgebrochen. Grosse Viehmassen mussten abgeschlachtet und verbrannt werden. Den Farmern von Ulster erwächst durch die Seuche wöchentlich ein Schaden von etwa 12 000 Pfund Sterling.

\+ + +

Erregung im Scheuenprozess. Im Lüneburger Scheuenprozess kam es am Sonnabend bei der Vernehmung des früheren Zöglings Wegener zu sehr erregten Auftritten. Wegener sagte aus, dass man einen Jungen, der durchgebrannt sei,um zur Fremdenlegion zu gehen, nach der Wiederergreifung drei Tage und drei Nächte in einer Baracke auf einen Schemel gesetzt habe, wobei er ständig am Schlafen gehindert worden sei. Ein anderer Flüchtling sei von Straube blutig geschlagen worden,worauf man ihn in eine verschlossene Zelle gebracht habe, die an den Fenstern mit Brettern vernagelt war. Der Zeuge sagte dann wörtlich:"Straube hat uns Jungen zu Tieren erzogen; er kam mir vor wie ein Raubtier." Straube entgegnete sehr erregt und bezeichnete Wegeners Ausführungen als völlig unglaubhaft. Straube und Wegener wurden schliesslich so heftig, dass sich der Vorsitzende nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte.

\+ + +

Der Dämmerschoppen des Säuglings. Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte fand am Sonnabend ein höchst merkwürdiger Prozess statt. Der Ernährungsbiologe Dr.med.Vinzenzs v.Hahn klagte gegen den Berliner Sanitätsrat Dr.Vollmann, Herausgeber des "Deutschen Aerzteblattes" wegen Beleidigung. Dr.v.Hahn hatte im Herbst vorigen Jahres auf der Internationalen Hygieneausstellung einen recht seltsamen Vortrag gehalten, in dem er einen begeisterten Hymnus auf den Nährwert und die Bekömmlichkeit des Bieres sang. Es war so, als ob die Alkoholbrauer ihren tüchtigsten Reklamechef entsandt hätten. In seinem Vortrag hatte Dr.v.Hahn u.a. behauptet, dass es den Säuglingen sehr bekömmlich sei, wenn stillende Mütter möglichst viel Bier trinken würden.Nach einer ärztlichen Fachkorrespondenz soll er sogar behauptet haben, dass man schon die Säuglinge an Biergenuss gewöhnen müsse. Die Leute, die eifrige Biertrinker gewesen wären, seien, so erzählte Dr.v.Hahn, alle sehr alt geworden. Tizian, ein besonders ausdauernder Alkoholiker, habe es bis zu 99 Jahren gebracht.Philipp von Mazedonien sei ein orgiastischer Säufer gewesen und sein Sohn Alexander der Grosse habe die Welt erobert. Ungeheure Biermengen habe

man auch im Tabakkollegium Friedrich Wilhelms I. vertilgt. Dieser Vortrag des alkoholfreudigen Ernährungsbiologen hatte eine scharfe Abwehr des ärztlichen Fachblattes zur Folge, in der u.a. gesagt wurde, dass Standesgenossen, die sich in derart unverantwortlicher Weise für starken Alkoholgenuss einsetzten, schonungslos gegeisselt werden müssten.

In dem Artikel war auch angedeutet worden, dass Dr. von Hahn im Dienste des Alkoholkapitals gesprochen habe. Vergleichsverhandlungen scheiterten, da insbesondere der Beklagte erklärte, dass die Abwehr des Aerzteblattes vom Standpunkt der ärztlichen Ethik aus durchaus berechtigt sei. Die Gegner gerieten sich schliesslich heftig in die Haare. Das Urteil soll am Dienstag verkündet werden.

+ + +

Verbrecher oder Sachverständiger? Der bekannte Berliner Schiessachverständige Max Barella ist am Sonnabend auf Grund eines Haftantrages der Staatsanwaltschaft ins Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Schon seit längerer Zeit bestand gegen Barella der Verdacht des Konkursverbrechens und des schweren Betruges. Die Untersuchung hat nunmehr soviel Belastungsmaterial ergeben, dass der Untersuchungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft den Haftbefehl erliess. In der Begründung des Haftbefehls heisst es, dass wegen der zu erwartenden hohen Strafe Fluchtverdacht vorliege. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf eine Lieferung von 5 000 Gewehren und mehreren Millionen Schussmunition an den ehemaligen König Amanullah von Afghanistan. Diese Sendung, die einen Wert von mindestens einer halben Million Mark repräsentierte, kam nicht in Afghanistan an, da dort inzwischen die Revolution ausgebrochen war. Barella verpfändete einen Teil der schon bezahlten Ware auf seinen Namen. Ein anderer Teil soll nach Polen verschoben worden sein. Weiter wird Barella beschuldigt, als Schatzmeister der Singakademie 290 000 Mark unterschlagen zu haben.

+ + +

Post und Gatty's Weltflug. Die amerikanischen Flieger Post und Gatty sind am Sonnabend früh um 6 Uhr in Urkutsk eingetroffen. Um 9 Uhr 10 ging die Fahrt nach Ergänzung der Brennstoffvorräte nach dem Etappenziel Chabarowsk weiter.

+ + +

Ein Denkmal für "Latham 47". In Caudebec-en-Caux (Frankreich) wurde ein Denkmal zur Erinnerung an die tapferen Luftschiffer eingeweihr, die am 16. Juni 1928 von Frankreich aufstiegen, um der "Italia" am Pol Hilfe zu bringen. Das Flugzeug ging damals mit der Besatzung verloren. Später wurden Trümmer des Flugzeugs im Behringschen Meer gefunden.

+ + +

Durch Blitz getötet. Eine Truppe höherer Schüler, die unter Führung eines Offiziers und eines Unteroffiziers bei Sierpe in Kongresspolen eine militärische Nachtübung abhielt, flüchtete vor einem Gewitter in eine Feldscheune. Der Blitz schlug in die Scheune ein. Fünf Knaben und der Offizier wurden getötet, zahlreiche mehr oder minder schwer verletzt.

+ + +

Verhängnisvoller Autounfall. In dem spanischen Dorf Santa Calla in der Provinz Toledo fuhr ein Auto in eine Gruppe von Menschen, die auf dem Wege zu einer Wahlversammlung war. 3 Personen wurden getötet, 15 sehr schwer verletzt. Die Bevölkerung versuchte die Automobilisten zu lynchen. Ein starkes Polizeiaufgebot musste die empörte Menge zurückhalten.

Die Bankiers tagen!

SPD. Am Sonnabend haben in Berlin die deutschen Bankiers getagt. Auch den Bankiers ist es nicht anders gegangen als den anderen Wirtschaftstagungen der Unternehmerverbände. In ihren ewigen Vorwürfen gegen die "Verschwendung" der öffentlichen Hand, mit ihren Klagen gegen angeblich zu höhe Löhne und eine "übersteigerte" Sozialbelastung zeigten sie eine gefährlich an Verkalkung grenzende Gleichförmigkeit und Uniformität,die die Oeffentlichkeit von Tagung zu Tagung weniger interessiert. Die Tagung der Bankiers am Sonnabend erlebte aber eine Sensation durch die Ausführungen des Reichskanzlers Dr.Brüning.

Der Kanzler hat schon Recht,wenn er am Sonnabend sagte,dass die beste Sozialpolitik Illusion bleibt,wenn die Kredit= und Finanzwirtschaft eines Landes zusammenbricht,wie auch unbestritten ist,dass nicht die Sozialpolitik Deutschland in die Gefahren getrieben hat,die sich in den letzten Wochen so greifbar gezeigt haben. Die private Wirtschaft hat Fehler gemacht,so formulierte es am Sonnabend Dr.Brüning. Und die private Wirtschaft tut gut,vor ihrer eigenen Türe zu kehren,anstatt sich in den bekannten Vorwürfen gegen die Verschwendung der öffentlichen Hand zu erschöpfen. Mit einseitigem Lohnabbau, so folgerte der Kanzler weiter,ist die deutsche Wirtschaft nicht zu retten;sie wird so nur weiter versacken. Daran schloss sich die Erklärung,dass die Ersparnisse aus dem Hooverschen Plan der Erstarkung der deutschen Wirtschaft dienen müssen, schon um das Vertrauen der ausländischen Finanz zu Deutschland wieder herzustellen. Hoffentlich hat der Kanzler damit bestimmte Subventionshoffnungen, die sich an eine Erleichterung der Reparationen knüpfen,ein für alle mal abgetan. Subventionen dienen auf die Dauer nicht der Erstarkung der Wirtschaft. Sie können auch nur Besorgnis und Argwohn im Auslande hervorrufen.

\+ + +

Der Bankiertag hatte sich u.a. mit dem Problem unserer Finanzwirtschaft, dem Problem der kurzfristigen Verschuldung zu beschäftigen. Sie hängt über der deutschen Wirtschaft wie ein unheilschwangeres Gewitter,das ausbrechen kann,wenn sich bei uns irgendwie die Entwicklung kompliziert wie in den Junitagen. Dass hier Sicherheitsventile geschaffen werden müssen,hat der Kanzler in seiner Rede angedeutet. Hoffentlich wird die Regierung auf die geplanten Massnahmen nicht lange warten lassen.

Es ist verständlich,dass Bankiers alle Probleme der gegenwärtige Krise aus ihrer Perspektive sehen. Geheimrat Frisch von der Dresdener Bank sieht den Grund der Schwierigkeiten in der Ueberlagerung der internationalen Schuldverhältnisse,die einmal aus der Finanzierung der Rationalisierung und zum andern aus den Lasten heraus entstanden sind,die nach dem Kriege die Siegerstaaten den unterlegenen Staaten auferlegt haben. Weitere Schwierigkeiten seien durch die Zollpolitik der Gläubigerländer entstanden,die einem reibungslosen güterwirtschaftlichen Ausgleich entgegengewirkt hat. Der Kern des Problems läge nicht in Fehlleitungen und Fehlinvestitionen,die dem kapitalistischen System eigen seien, und man könne den Kapitalismus nicht dafür verantwortlich machen, wenn er durch politischen Einfluss und Gewalten seine internationale ausgleichende Wirkung eingebüsst habe,dass er gewissermassen zum Schaden der Welt nationalisiert sei. Wie nun in der Privatwirtschaft Spannungen auf den Kapitalmärkten während der Krise durch Konkurse, Abschreibungen,Zwangsvergleiche usw.

beseitigt werden,so müssten schliesslich auch in den Beziehungen der Volks= wirtschaften untereinander die kapitalmässigen Spannungen zu einer Auflocke= rung und Lösung gebracht werden,damit eine Bereinigung der Schuldverhältnisse vorgenommen werden kann. Löb (Firma Mendelssohn) beschäftigte sich speziell mit der kurzfristigen Verschuldung und zwar ging er davon aus,dass der Hoover= sche Plan dem Reich die Möglichkeit biete, seine kurzfristige Verschuldung zu tilgen und auch den Ländern und Kommunen bei Verminderung dieser kurzfristigen Verschuldung beizustehen. Das wird die Banken in die Lage versetzen,ohne Ein= schränkung der Wirtschaftskredite einen Teil der kurzfristigen Auslandsschuld zurückzuzahlen und das Gefühl der Sicherheit derart stärken,dass ein Teil der deutschen Kapitalflucht wieder ins Land zurückkehren wird.

Argumentationen und Projekte,bei denen die Rolle des deutschen Kapitals und insbesondere die Rolle der deutschen Banken interessiert. So vorzüglich und so unschuldig, wie das Frisch darstellte, ist der deutsche Kapitalismus nicht. Dass die deutsche Rationalisierung Geld gekostet hat,ist selbstverständ= lich. Dass wir dieses Geld zum Teil geliehen haben,weil wir es nicht besassen, ist ebenso selbstverständlich. Dass diese geliehenen Summen aber zum grossen Teil in einer Fehlrationalisierung vertan worden sind, ist eine Fehlinvesti= tion, die mit auf das Schuldkonto der deutschen Banken und ihrer Kreditgewäh= rungen geht.

Im Anschluss an die Debatte über die kurzfristige Verschuldung muss auch daran erinnert werden,dass die noch von dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr.Schacht bedenklich beeinflusste Auslandspolitik die öffentliche Hand doch erst in die teure und gefährliche kurzfristige Verschuldung getrieben hat.Wo= raus man doch nur folgern kann,dass das Auslandskreditmonopol der Banken ein schlechtes Monopol war,dass die Privatwirtschaft bei einer künftigen Regelung nicht mehr privilegiert werden und die öffentliche Hand zum Schaden der Gesamt= wirtschaft nicht mehr wie ein Aschenbrödel beiseite stehen darf.

\+ + +

Zum Schluss ist eine Lektion zu erwähnen,die Geheimer Kommerzienrat Rems= hart von der Bayerischen Hypotheken= und Wechselbank in München den "Kämpfern gegen die Zinsknechtschaft" erteilte, die mit der Zeit auch Einfluss auf sol= che Kreise gewonnen haben,die sich mit Händen und Zähnen dagegen wehren wür= den,ihren lieben Nächsten auch nur einen Pfennig zinslos zur Verfügung zu stel= len. Remshart fand eine glückliche Formel, indem er sagte, Zins und kapitali= stische Wirtschaft gehören zusammen! Wer das eine will, kann das andere nicht verwerten. Vielleicht denken unsere nationalsozialistischen Zinsknechtschafts= kämpfer mal über den tieferen Sinn dieser Formulierung nach.

SPD. Die Generalversammlung der Karstadt A.G., die nach langem Hin und Her endlich am Sonnabend in Hamburg stattgefunden hat, gab der Verwaltung Ge= legenheit, zu den Riesenverlusten des Konzerns Stellung zu nehmen.

Die Entlastungsoffensive wurde durch das Mitglied des Vorstandes Münch= meyer unternommen. Er hatte die wenig dankbare Aufgabe,die Vorgänge im Kar= stadtkonzern zu rechtfertigen, und man kann nicht sagen,dass ihm dies gelun= gen ist, denn es bleibt dabei, dass die vorjährige Dividende von 12 % dem wirt= schaftlichen Stand des Unternehmens nicht entsprochen hat.

Wenn Herr Münchmeyer sagt,dass sie durch das "laufende Geschäft" gerecht= fertigt war,so gibt er das auch im Grunde zu; denn eine Dividende ist unter Berücksichtigung auch der Verschuldung anzusetzen und nicht nur auf Grund des vielleicht gut gehenden Warengeschäftes. Grosse Mühe gab sich Herr Münchmeyer im übrigen auch, die Vorstandsmitglieder,die die Gesellschaft durch die Lin= demann=Garantie auf leichtfertigste hineingeritten haben,als tragische Opfer hinzustellen. Er behauptete,dass sie durch die Uebernahme der Garantie "ein grosses Opfer" auf sich genommen haben. Mit dieser Auffassung wird er wohl

Die Bankiers tagen!

SPD. Am Sonnabend haben in Berlin die deutschen Bankiers getagt. Auch den Bankiers ist es nicht anders gegangen als den anderen Wirtschaftstagungen der Unternehmerverbände. In ihren ewigen Vorwürfen gegen die "Verschwendung" der öffentlichen Hand, mit ihren Klagen gegen angeblich zu höhe Löhne und eine "übersteigerte" Sozialbelastung zeigten sie eine gefährlich an Verkalkung grenzende Gleichförmigkeit und Uniformität,die die Oeffentlichkeit von Tagung zu Tagung weniger interessiert. Die Tagung der Bankiers am Sonnabend erlebte aber eine Sensation durch die Ausführungen des Reichskanzlers Dr.Brüning.

Der Kanzler hat schon Recht,wenn er am Sonnabend sagte,dass die beste Sozialpolitik Illusion bleibt,wenn die Kredit= und Finanzwirtschaft eines Landes zusammenbricht,wie auch unbestritten ist,dass nicht die Sozialpolitik Deutschland in die Gefahren getrieben hat,die sich in den letzten Wochen so greifbar gezeigt haben. Die private Wirtschaft hat Fehler gemacht,so formulierte es am Sonnabend Dr.Brüning. Und die private Wirtschaft tut gut,vor ihrer eigenen Türe zu kehren,anstatt sich in den bekannten Vorwürfen gegen die Verschwendung der öffentlichen Hand zu erschöpfen. Mit einseitigem Lohnabbau, so folgerte der Kanzler weiter,ist die deutsche Wirtschaft nicht zu retten;sie wird so nur weiter versacken. Daran schloss sich die Erklärung,dass die Ersparnisse aus dem Hooverschen Plan der Erstarkung der deutschen Wirtschaft dienen müssen, schon um das Vertrauen der ausländischen Finanz zu Deutschland wieder herzustellen. Hoffentlich hat der Kanzler damit bestimmte Subventionshoffnungen, die sich an eine Erleichterung der Reparationen knüpfen,ein für alle mal abgetan. Subventionen dienen auf die Dauer nicht der Erstarkung der Wirtschaft. Sie können auch nur Besorgnis und Argwohn im Auslande hervorrufen.

\+ + +

Der Bankiertag hatte sich u.a. mit dem Problem unserer Finanzwirtschaft, dem Problem der kurzfristigen Verschuldung zu beschäftigen. Sie hängt über der deutschen Wirtschaft wie ein unheilschwangeres Gewitter,das ausbrechen kann,wenn sich bei uns irgendwie die Entwicklung kompliziert wie in den Junitagen. Dass hier Sicherheitsventile geschaffen werden müssen,hat der Kanzler in seiner Rede angedeutet. Hoffentlich wird die Regierung auf die geplanten Massnahmen nicht lange warten lassen.

Es ist verständlich,dass Bankiers alle Probleme der gegenwärtige Krise aus ihrer Perspektive sehen. Geheimrat Frisch von der Dresdener Bank sieht den Grund der Schwierigkeiten in der Ueberlagerung der internationalen Schuldverhältnisse,die einmal aus der Finanzierung der Rationalisierung und zum andern aus den Lasten heraus entstanden sind,die nach dem Kriege die Siegerstaaten den unterlegenen Staaten auferlegt haben. Weitere Schwierigkeiten seien durch die Zollpolitik der Gläubigerländer entstanden,die einem reibungslosen güterwirtschaftlichen Ausgleich entgegengewirkt hat. Der Kern des Problems läge nicht in Fehlleitungen und Fehlinvestitionen,die dem kapitalistischen System eigen seien, und man könne den Kapitalismus nicht dafür verantwortlich machen, wenn er durch politischen Einfluss und Gewalten seine internationale ausgleichende Wirkung eingebüsst habe,dass er gewissermassen zum Schaden der Welt nationalisiert sei. Wie nun in der Privatwirtschaft Spannungen auf den Kapitalmärkten während der Krise durch Konkurse, Abschreibungen,Zwangsvergleiche usw.

beseitigt werden,so müssten schliesslich auch in den Beziehungen der Volks= wirtschaften untereinander die kapitalmässigen Spannungen zu einer Auflocke= rung und Lösung gebracht werden,damit eine Bereinigung der Schuldverhältnisse vorgenommen werden kann. Löb (Firma Mendelssohn) beschäftigte sich speziell mit der kurzfristigen Verschuldung und zwar ging er davon aus,dass der Hoover= sche Plan dem Reich die Möglichkeit biete, seine kurzfristige Verschuldung zu tilgen und auch den Ländern und Kommunen bei Verminderung dieser kurzfristigen Verschuldung beizustehen. Das wird die Banken in die Lage versetzen,ohne Ein= schränkung der Wirtschaftskredite einen Teil der kurzfristigen Auslandsschuld zurückzuzahlen und das Gefühl der Sicherheit derart stärken,dass ein Teil der deutschen Kapitalflucht wieder ins Land zurückkehren wird.

Argumentationen und Projekte,bei denen die Rolle des deutschen Kapitals und insbesondere die Rolle der deutschen Banken interessiert. So vorzüglich und so unschuldig, wie das Frisch darstellte, ist der deutsche Kapitalismus nicht. Dass die deutsche Rationalisierung Geld gekostet hat,ist selbstverständ= lich. Dass wir dieses Geld zum Teil geliehen haben,weil wir es nicht besassen, ist ebenso selbstverständlich. Dass diese geliehenen Summen aber zum grossen Teil in einer Fehlrationalisierung vertan worden sind, ist eine Fehlinvesti= tion, die mit auf das Schuldkonto der deutschen Banken und ihrer Kreditgewäh= rungen geht.

Im Anschluss an die Debatte über die kurzfristige Verschuldung muss auch daran erinnert werden,dass die noch von dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr.Schacht bedenklich beeinflusste Auslandspolitik die öffentliche Hand doch erst in die teure und gefährliche kurzfristige Verschuldung getrieben hat.Wo= raus man doch nur folgern kann,dass das Auslandskreditmonopol der Banken ein schlechtes Monopol war,dass die Privatwirtschaft bei einer künftigen Regelung nicht mehr privilegiert werden und die öffentliche Hand zum Schaden der Gesamt= wirtschaft nicht mehr wie ein Aschenbrödel beiseite stehen darf,

\+ + +

Zum Schluss ist eine Lektion zu erwähnen,die Geheimer Kommerzienrat Rems= hart von der Bayerischen Hypotheken= und Wechselbank in München den "Kämpfern gegen die Zinsknechtschaft" erteilte, die mit der Zeit auch Einfluss auf sol= che Kreise gewonnen haben,die sich mit Händen und Zähnen dagegen wehren wür= den,ihren lieben Nächsten auch nur einen Pfennig zinslos zur Verfügung zu stel= len. Remshart fand eine glückliche Formel, indem er sagte, Zins und kapitali= stische Wirtschaft gehören zusammen! Wer das eine will, kann das andere nicht verwerten. Vielleicht denken unsere nationalsozialistischen Zinsknechtschafts= kämpfer mal über den tieferen Sinn dieser Formulierung nach.

SPD. Die Generalversammlung der Karstadt A.G., die nach langem Hin und Her endlich am Sonnabend in Hamburg stattgefunden hat, gab der Verwaltung Ge= legenheit, zu den Riesenverlusten des Konzerns Stellung zu nehmen.

Die Entlastungsoffensive wurde durch das Mitglied des Vorstandes Münch= meyer unternommen. Er hatte die wenig dankbare Aufgabe,die Vorgänge im Kar= stadtkonzern zu rechtfertigen, und man kann nicht sagen,dass ihm dies gelun= gen ist, denn es bleibt dabei, dass die vorjährige Dividende von 12 % dem wirt= schaftlichen Stand des Unternehmens nicht entsprochen hat.

Wenn Herr Münchmeyer sagt,dass sie durch das "laufende Geschäft" gerecht= fertigt war,so gibt er das auch im Grunde zu; denn eine Dividende ist unter Berücksichtigung auch der Verschuldung anzusetzen und nicht nur auf Grund des vielleicht gut gehenden Warengeschäftes. Grosse Mühe gab sich Herr Münchmeyer im übrigen auch, die Vorstandsmitglieder,die die Gesellschaft durch die Lin= demann=Garantie auf leichtfertigste hineingeritten haben,als tragische Opfer hinzustellen. Er behauptete,dass sie durch die Uebernahme der Garantie "ein grosses Opfer" auf sich genommen haben. Mit dieser Auffassung wird er wohl

allein dastehen; denn das wirkliche Opfer haben ja endgültig gar nicht die verantwortlichen Vorstandsmitglieder gebracht,sondern die Gesellschaft hat sie auf sich genommen,weil sie in Höhe der Garantie den Vorstandsmitgliedern einen Kredit gewährte. Mit diesem Kredit haften sie,wie Herr Münchmeyer mit Emphase erklärt, der Gesellschaft wie "gewöhnliche Schuldner".

Da kann man nur sagen,es muss ein Vergnügen sein, bei Karstadt "gewöhn= licher Vorstandsmitglied=Schuldner" zu werden; denn man hat,weil man die an der Lindemannaktion beteiligten doch nicht in "Schuldhaft" schmieden wollte, die Forderungen fast ganz zusammengestrichen und hat anscheinend darüber hin= aus die Vorstandsmitglieder,die zu komprimittiert waren,als dass man sie wei= ter an der Spitze lassen konnte,mit einer anständigen Pension in die Wüste ge= schickt.

Die Rede des Herrn Münchmeyer stand unter dem Motto: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut - soweit es sich um Vorstandsmitglieder handelt!

SPD. Nachdem inden ersten Tagen der verflossenen Woche im Anschluss an das Hooversche Projekt eine Besserung auf dem Devisenmarkt eingetreten war und die Reichsbank an einzelnen Tagen sogar Ueberschüsse an Devisen erzielen konnte, haben sich die Anforderungen nach Devisen am Schluss der Woche wieder gesteigert. Die Verluste der Reichsbank werden für Freitag mit 30 Millionen Mark angegeben; für Sonnabend dürfte die Summe überschritten worden sein,so= dass die Woche mit einem Verlust für die Reichsbank abschliesst,der etwa um 80 Millionen Mark schwankt.

Die Anforderungen am Freitag und Sonnabend lassen sich dadurch erklären, dass es die beiden letzten Tage waren,an denen sich die Banken mit Devisen für die bevorstehende Ultimozahlungen eindecken konnten. Ob die stärkere De= visennachfrage ausschliesslich auf der Ultimoversorgung beruht,muss sich in der neuen Woche ergeben.

SPD. Der deutsch=rumänische Handelsvertrag ist am Sonnabend in Genf unterzeichnet worden.

SPD. Die Waggonindustrie,die rund 70 ooo Mann beschäftigt, hat der Re= gierung und der Reichsbahngesellschaft eine Denkschrift unterbreitet,in der sie sich eingehend mit den Verhältnissen in der Waggonindustrie beschäftigt und ei= ne Steigerung der Reichsbahnaufträge für die Waggonindustrie fordert.

Die Denkschrift geht davon aus,dass der Wagenpark der Reichsbahn rund 64 ooo Personenwagen, 20 ooo Gepäckwagen und 650 ooo Güterwagen umfasst. Die Lebensdauer der Fahrzeuge dürfe man auf 30 bis 40 Jahre veranschlagen. Damit er gebe sich ein normaler Ersatzbedarf von 1 800 Personenwagen,600 Gepäckwagen und 18000 Güterwagen. Das entspricht einem Jahresauftrag der Reichsbahn in Höhe von 180 Millionen Mark. Die Kapazität der Waggonindustrie wird mit jährlich 270 Millionen Mark angegeben. Davon entfallen nur 90 Millionen Mark nicht auf das Reichsbahngeschäft. Infolge des Protektionismus im Ausland könnte besonders der Export kaum noch gesteigert werden.

Auf Grund dieser Ueberlegungen wird die Rückkehr der Reichsbahngesell= schaft zu einem Jahresauftragsprogramm in Höhe von 200 Millionen Mark gefor= dert.

Lustlos.

(Berliner Getreidebörse vom 27.Juni)

SPD. Die Berliner Produktenbörse war zum Schluss der Woche lustlos. Wenn auch das Angebot in Brotgetreide aus alter Ernte nur mässig war, so scheiterte andererseits eine grössere Umsatztätigkeit auch an der mangelnden Kaufneigung, die an das schlechte Mehlgeschäft und auf das für die Ernteaussichten verhältnismässig günstige Wetter zurückzuführen ist. Auch in Getreide aus neuer Ernte war das Angebot mässig; jedoch kamen keine grösseren Abschlüsse zustande, da zwischen Angebot und Nachfrage eine zu grosse Spanne besteht. Auch am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte waren die Umsätze sehr klein. Juliweizen wurde nicht notiert, für die übrigen Sichten lauteten die Notierungen etwa 1 Mark niedriger. Roggen war bis zu zwei Mark schwächer. Auch der Mehlmarkt lag sehr ruhig. Für Roggenmehl zeigte sich wiederum grosse Nachfrage für verbilligte Qualitäten. Hafer und Gerste waren still.

	26.Juni	27.Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	273 - 275	274 - 276
Roggen	212 - 214	213 - 215
Futter- und Industriegerste	183 - 198	183 - 198
Hafer	168 - 172	168 - 172
Weizenmehl	32,00 - 37,40	32,00 - 37,40
Roggenmehl	28,75 - 31,25	28,75 - 31,25
Weizenkleie	13,25 - 13,50	13,25 - 13,50
Roggenkleie	12,00 - 12,25	12,00 - 12,25.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli - (Vortag 279), September 235 plus Brief (236), Oktober 235½ Brieg (236½). Roggen Juli 198 (Vortag 200), September 186 (187), Oktober 186 plus Brief (187). Hafer Juli 179-178½ (Vortag 179¼) September 155½ (156) Oktober 155 Geld (156)

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Berliner Grosshandelsnotierungen für Speisekartoffeln (RM für 50 kg) vom 27.Juni: Gelbfleischige Speisekartoffeln 5,20 - 5,35 (Vortag 5,40 - 5,70) weisse 3,05 - 3,40 (3,05 - 3,40), rote 3,50 - 3,75 (3,50 - 3,85) blaue 3,70 bis 4,00 (3,70 - 4,00). Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 27.Juni. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I, Qualität 118, II. Qualität 108, abfallende Sorten 94 RM. Tendenz: ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Kongress der Lebensmittelarbeiter.

Sinkender Brotverbrauch - Nachtarbeit.

SPD. In Prag fand dieser Tage der 5. ordentliche Kongress der Internationale der Lebensmittelarbeiter statt. Vertreten waren 24 Organisationen aus 15 Ländern durch 67 Delegierte. Der amerikanische Bäckereiarbeiterverband hatte unter Zustimmung des Kongresses sein Mandat dem österreichischen Verband übertragen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage des Verbotes der Nachtarbeit.

Die Internationale zählte, wie aus dem Tätigkeitsbericht ihres Sekretärs Schifferstein hervorgeht, Ende 1930 in den 33 angeschlossenen Verbänden 386 722 Mitglieder. In Europa sind fast sämtliche Lebensmittelarbeiterorganisationen der Internationale angeschlossen. Mit den neu beigetretenen Verbänden in England, Luxemburg, Holland, Jugoslawien, Dänemark und Palästina umfasst die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter rund 390 000 Mitglieder. Durch die Umwälzung in Spanien und die Erstarkung der dortigen Gewerkschaftsbewegung haben sich die Aussichten auf eine Annäherung der südamerikanischen Verbände gebessert. Fühlbare Fortschritte machten die Bestrebungen der Internationale zur Verschmelzung bestehender Berufsverbände zu Einheitsorganisationen. Der Wiederaufbau des durch die faschistische Welle zertrümmerten Verbandes in Finnland geht rüstig vorwärts. In der Tschechoslowakei steht die Vereinigung zwischen dem tschechischen und deutschen Verband unmittelbar bevor.

Grossen Eindruck auf die Kongressteilnehmer machten die Schilderungen der Wirtschaftskrise in Deutschland und Oesterreich durch das Vorstandsmitglied des deutschen Verbandes Meier und den Führer der österreichischen Delegation Huppert. Meier wies darauf hin, dass im vergangenen Winter 15 bis 18 Millionen Menschen in Deutschland in ihrem täglichen Brot bedroht waren und dass der nächste Winter nicht besser werde. Die Notverordnung, die den Lebensmittelstandard der Arbeiterschaft auf ein noch tieferes Niveau drücke, bedrohe auch die Gewerkschaften. Reparationslast und Arbeitslosigkeit erleichterten den Gewerkschaftsfeinden die Verhetzung der Arbeiterschaft und das Aufkommen einer Stimmung, die an der Notwendigkeit der demokratischen Republik zu zweifeln beginne. Seit den letzten Reichstagswahlen wachse der Radikalismus, der in der Reparationslast das dankbarste Argument seiner Agitation finde. Die Lösung des Reparationsproblems durch Streichung sämtlicher Kriegsschulden würde die deutsche Republik besser stützen als Lobeshymnen und gutes Zureden aus dem Ausland.

Huppert betonte, der Kapitalismus habe sich als unfähig erwiesen, die schwere Arbeitslosennot zu beheben. Die österreichische Arbeiterschaft müsse für die Zinsen des Auslandskapitals fronen. Zentraleuropa sei gegenwärtig ein gefährliches Pulverfass. Während die Bevölkerung der Stadt Wien an Zahl zugenommen habe, sei der Brotverbrauch um 50 000 Laib pro Tag zurückgegangen.

Die Frage des Verbots der Nachtarbeit in Bäckereien wurde auf dem Kongress, nachdem sie bereits vorher Gegenstand einer besonderen Bäckerkonferenz war, eingehend erörtert. Die entschlossene Stellungnahme des Kongresses gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit fand in einer einstimmig angenommenen Entschliessung ihren Ausdruck. Darin wird mit Nachdruck hervorgehoben, dass die Versuche, den Arbeitsbeginn vor 6 Uhr morgens zu verlegen oder den Dreischichtenbetrieb einzuführen, nur auf eine allgemeine Einführung der Nachtarbeit hinzielen. Die Internationale Konvention über das Verbot der Nachtarbeit müsse end-

lich einmal von allen Regierungen der dem Völkerbund angeschlossenen Staaten ratifiziert werden.

In der Frage des Kost- und Logiszwanges forderte der Kongress den baldigen Erlass gesetzlicher Vorschriften und die Durchführung strenger Kontrollen in allen Ländern, um die vielfach noch bestehenden unwürdigen Zustände zu beseitigen. Für die Durchführung der Jugendbewegung wurden im Anschluss an einen Vortrag von Dr.Spühler über den "Schutz der arbeitenden Jugend in der Lebens- und Genussmittelindustrie" vom Kongress Richtlinien für die angeschlossenen Organisationen festgelegt. Das Ergebnis der Enquete der Internationale über die Jugendfrage wird in Broschürenform in verschiedenen Sprachen in Kürze veröffentlicht. Eine Reihe von Entschliessungen, die vom Sekretär begründet und vom Kongress angenommen wurden, beziehen sich auf Aufbau- und Verschmelzungsfragen, auf die Forderung eines Verbotes des Tragens zu schwerer Lasten, auf die 40-Stundenwoche, auf den Austausch junger Arbeiter und Gewerkschaftsangestellter sowie auf die Einstellung der IUL zu den Beschlüssen des Stockholmer Kongresses und zu den internationalen Wirtschaftsfragen.

Der Jahresbeitrag wurde durch Kongressbeschluss um 5 Cts.pro Mitglied und Jahr erhöht. Dabei wurde jedoch dem Vorstand die Möglichkeit eingeräumt, auf den Zusatzbeitrag zu verzichten, wenn die Finanzverhältnisse der IUL das später zulassen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung belassen. Das Internationale Sekretariat führt auch künftig Schifferstein. Dr.Spühler scheidet aus dem Sekretariat aus. An seine Stelle tritt Tofahrn-Belgien, bisher Angestellter der ITF.Der nächste Kongress soll 1934 in München stattfinden.

SPD.Die Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben bis jetzt einen wenig befriedigenden Verlauf genommen. Umso beachtenswerter ist unter diesen Umständen ein Appell der Gewerkschaftszeitung an die Regierung in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Das Organ des ADGB bringt in seiner neuesten Nummer einen Artikel über Notverordnung und Arbeitszeit. Er schliesst nach der bemerkenswerten Feststellung, dass seit geraumer Zeit mehr oder weniger stark kurzarbeitende Betriebe mit voll oder über 48 Stunden hinaus arbeitenden Betrieben konkurrieren,ohne dabei zugrundezugehen,mit folgenden Worten:

"Wir müssen, um es noch einmal mit aller Energie zu betonen,von der Regierung verlangen,dass sie die in der Notverordnung gegebene Möglichkeit bis zum letzten ausschöpft. Darüber hinaus aber wird es die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung bleiben, unentwegt auf die weitere gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Die Notverordnung erreicht dieses Ziel nicht.Ihre Bestimmungen über die Arbeitszeit stellen nicht die Erfüllung der Forderung der Gewerkschaften nach der Vierzigstundenwoche dar. Sie sind nur ein blasser Schatten des grossherzigen Angebots der Arbeitnehmerschaft, durch Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben Raum zu schaffen für die arbeitslosen Kameraden. Also muss eineandere Arbeitszeitregelung an ihre Stelle treten".

*

Allem Anschein nach will die Regierung die Arbeitszeitverkürzung nun einfach den Tarifverhandlungen überlassen. Wenigstens muss man das aus Andeutungen christlicher Presseorgane schliessen, in denen betont wird,dass es leichter sei, die mit einer Arbeitszeitverkürzung verbundenen Lohn- und Einstellungsfragen im Zusammenhang mit schwebenden Tarifverhandlungen zu regelb,als durch eine Verordnung in bestehende Tarifverträge einzugreifen. Vorerst werde es wohl nur in den Gewerben,die vor dem Neuabschluss von Tarifverträgen stehen, im Rahmen der Verhandlungen auch zu Vereinbarungen über eine Arbeitszeitverkürzung kommen.Das treffe z.B. für die Metallindustrie Nordwest zu.- Warum hat man dann nicht schon beim Lohnabbau die Arbeitszeitverkürzung miterledigt?

SPD. Auf der Tagung des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preussens (Komba) in Magdeburg wandte sich der Verbandsdirektor Ehrmann scharf gegen den immer wiederkehrenden Vorwurf, die Gemeinden hätten eine viel üppige Personalpolitik getrieben. Die Nachprüfung der kommunalen Besoldungsordnung in Preussen habe den unzweideutigen Beweis erbracht, dass von einer Ueberstufung der Gemeindebeamten nicht mehr die Rede sein könne. Er verlange deshalb vor allem die Aufhebung der Vorschriften über die Verkoppelung der Besoldung mit der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, wonach Gemeinden, die durch Leistungen für Wohlfahrtserwerbslose notleidend wurden, erst dann an den durch die Notverordnung ausgewiesenen knappen Mitteln beteiligt werden sollen, wenn sie nach Meinung der Landesregierung oder des Reichsfinanzministers die Bezüge ihres Personals ausreichend herabgesetzt haben.

Auch der Berliner Bürgermeister Dr. Elsas protestierte auf der Tagung des Komba-Verbandes gegen die Druckmittel, die in der Notverordnung für die Erleichterung der Wohlfahrtslasten gegenüber den Gemeinden vorgesehen sind. Notwendig sei eine organische Reform der Arbeitslosenfürsorge und -versicherung sowie der Sozialversicherung, damit die verschiedenen Leistungen aufeinander abgestimmt werden könnten.

Der Verbandstag machte in einer besonderen Entschliessung energisch Front gegen die den Beamten- und Behördenangestellten auferlegten Sonderopfer. Die Belastung für veranlagte Steuerpflichtige bei einem Nettoeinkommen bis zu 100 000 Mark stelle sich z.B. nur auf 2% und bei einem solchen von mehr als 100 bis 250 000 Mark nur auf 2,5%, während die geringsten Einkommen der Beamten und Angestellten schonungslos herabgesetzt würden und die Gesamtbelastung bei einem Bruttojahreseinkommen von 2 000 Mark unter Berücksichtigung des Abbaus der Kinderzuschläge bis zum zehnfachen des vorgenannten Prozentsatzes betrage. Durch die Verkoppelung der Besoldung des Personals der Gemeinden mit den Anforderungen an die öffentliche Wohlfahrtspflege würden Gegensätze aufgerissen, die die Grundlagen eines geordneten Rechts erschüttern und gesetzlose Zustände fördern müssten.

SPD. Der Stuttgarter Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter hat am Sonnabend auf seiner Schlussitzung eine Erweiterung der Unterstützungsleistungen vorgenommen. Er beschloss u.a. eine Erhöhung der Invalidenunterstützung. Ferner bewilligte er den arbeitslosen ausgesteuerten Mitgliedern eine Sonderunterstützung von 17 Mark. Diese Beschlüsse sind ein Beweis für das unerschütterliche Vertrauen der Mitglieder in die Finanzkraft der Organisation.

Das Statut des Verbandes blieb unverändert; die Rechte der Mitglieder wurden voll aufrecht erhalten.

Das Vertrauen der graphischen Hilfsarbeiter zu ihrer Führung trat bei den Wahlen zum Verbandsvorstand deutlich in Erscheinung. Die beiden Verbandsvorsitzenden, der Kassierer und der Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Stuttgarter Verbandstag war ein lebendiger Ausdruck für die unverwüstliche Kraft der Gewerkschaft der graphischen Hilfsarbeiter. Sie liegt vor allem in der unzerbrechbaren Solidarität, der die Mitgliedschaft beseelt, und diese Solidarität bekundet sich auch, wie der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Haueisen, hervorhob, in der guten Kameradschaft mit den Mitgliedern der dem Graphischen Bund benachbarten Gewerkschaften. Der Verband, das hat Stuttgart deutlich gezeigt, hat Leben. Das tatkräftige Eingreifen der Kolleginnen in den Gang der Verhandlungen war, wie der Sekretär der Buchdruckerinternationale, Grundbacher-Bern betonte, dafür nicht der schwächste Beweis. Stuttgart war für die graphischen Hilfsarbeiter - der Verbandsvorsitzende Pucher konnte das in seinem Schlusswort mit Recht feststellen - ein kräftiger Schritt vorwärts.

SPD. Die Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner in Hamburg hat am Sonnabend ihre Beratungen abgeschlossen. Die zur Beamtenfrage gestellten Anträge wurden zum grössten Teil dem Vorstand als Material überwiesen. Angenommen wurde folgender Antrag Dresden: Der Verbandstag bringt zum Ausdruck, dass die Sozialdemokratische Partei eine klare Stellungnahme zur Beamtengewerkschaftsbewegung einnehmen muss; der alte bewährte Grundsatz: "Jeder Sozialist ein freier Gewerkschafter und jeder freie Gewerkschafter ein Sozialist" muss wieder zu Ehren kommen. Der Verbandstag ersucht den Bundesvorstand des ADB, für die Verwirklichung dieses Zieles bei Partei und Gewerkschaften einzutreten. - Die Einführung einer Invalidenversicherung wird, weil damit eine Beitragserhöhung eintreten müsste, abgelehnt Der nächste Verbandstag wird sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Aus dem von Jahn-Berlin erstatteten Bericht derStatutenberatungskommission geht hervor, dass die Satzungen einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden. Die bisherigen Beitragsklassen sind auf 13 auseinandergezogen worden, um ein Uebertreten zu einer anderen Klasse zu erleichtern. Die neuen Satzungen wurden mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft.

Bei den Vorstandswahlen kam es zu einer längeren Aussprache. Der Vorstand besteht aus 21 Personen. Davon sind 9 besoldete und 12 unbesoldete Mitglieder. Die unbesoldeten Mitglieder verteilen sich auf das ganze Reich. Ein besoldetes Amt wurde nicht wieder besetzt. Die übrigen acht besoldeten Mitglieder wurden wieder gewählt. Es musste nun aber 13 unbesoldete Mitglieder gewählt werden. Ueber die Wahl von 12 unbesoldeten bestand Einmütigkeit, um das 13. Mitglied wurde von den Bezirken gerungen. Es fiel schliesslich dem Bezirk Stuttgart zu.

Der nächste Verbandstag soll 1934 in Nürnberg stattfinden in Verbindung mit der Hundertjahrfeier der Eröffnung der ersten Eisenbahn.

Der Verbandsvorsitzende Scheffel betonte in seiner Schlussrede, der Hamburger Verbandstag werde den Delegierten bestimmt in dauernder Erinnerung bleiben. Er sei der Verbandstag der Sammlung der Kräfte in einer schweren Zeit gewesen. Einigkeit und Geschlossenheit - sie seien die beste Gewähr für erfolgreichen Vormarsch.

SPD. Zur Eröffnung der Kölner Grubensicherheits-Ausstellung veröffentlicht der Bergbauindustriearbeiterverband einen Rückblick auf seine Arbeit zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter. Es ist ein weiter Weg zurück bis zu den ersten Anfängen eines modernen Bergarbeiterschutzes. Erst die Nachkriegszeit brachte in den Ausbau des Bergarbeiterschutzes etwas Tempo. Die Hauerausbildung wurde systematisch geregelt. Arbeitskammern wurden eingerichtet, und 1922 wurden in Preussen Grubensicherheitskommissionen errichtet, wodurch die Bergarbeiter beim Erlass von Unfallverhütungsvorschriften mitwirken konnten. Die Forderung nach Einführung von Grubenkontrolleuren wurde in Preussen 1926 verwirklicht. Die elektrische Grubenlampe ist heute im Steinkohlenbergbau fast überall eingeführt. Das Gesteinstaubverfahren wurde 1925 im Ruhrbergbau in Anwendung gebracht. Für die Versuchsgrube Hibernia in Gelsenkirchen wurde 1927 der Grundstock gelegt, wofür der Reichstag mit der Bewilligung von 1 Million Mark den Weg freigemacht hatte.

In Zukunft wird das Grubenrettungswesen im Vordergrund des Bergarbeiterschutzes stehen müssen. Bei dem Grubenunglück in Alsdorf wurde festgestellt, dass viele der verunglückten Bergleute erst nach langem qualvollen Leiden in der Grube starben, weil ihnen nicht schnell genug Rettung gebracht wurde. Sie erlagen langsam den durch die Explosionsnachschwaden sich ausbreitenden Giftgasen. Der heutige Rettungsapparat reicht bei grossen Unglücken nicht aus. Deshalb muss die organisierte Selbstrettung vervollkommnet werden. Notwendig hierfür ist eine besondere Unterweisung und Ausrüstung des Bergarbeiters.